

Gerade veröffentlichte Zahlen zu drastisch gestiegenen Suizidversuchen bei Kindern zeigen einmal mehr: Kinder und Jugendliche leiden immens unter der Corona-Politik. Doch auch nach fast zwei Jahren ernten sie dafür (bestenfalls) warme Worte und kühle Ignoranz: Diese Gleichgültigkeit ist skandalös. Die für das Kinderleid und den verlorenen Lebensmut verantwortlichen Akteure dürfen sich in der Neuen Normalität aber als „vernünftig“ fühlen. Ein Kommentar von **Tobias Riegel**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/220110_Die_Corona_Politik_macht_unsere_Kinder_lebensmuede_NDS.mp3

Podcast: [Play in new window](#) | [Download](#)

„Die Kinder und Jugendlichen haben in der Pandemie die Hauptlast übernommen“, hört man seit einiger Zeit sinngemäß in Politik und Medien. Das haben die Kinder und Jugendlichen aber nicht freiwillig gemacht, sondern sie wurden dazu gezwungen. Und sie bezahlen einen hohen Preis für das vergiftete Lob jener Erwachsenen, die die destruktive und nicht evidenzbasierte Corona-Politik zu verantworten haben.

Unter zahlreichen anderen Aspekten fiel in den vergangenen Tagen die [Meldung über Suizidversuche bei Kindern unter der Corona-Politik](#) ins Auge: Die Fallzahl der Suizidversuche ist demnach im zweiten Lockdown um rund 400 Prozent im Vergleich zu der Zeit vor der Corona-Politik gestiegen. Bis zu 500 Kinder mussten nach Suizidversuchen allein zwischen März und Ende Mai 2021 bundesweit auf Intensivstationen behandelt werden. Das ist das Ergebnis einer Studie der Essener Uniklinik.

„Hygiene“-Politik gegen die Schwächsten

Diese Zahlen erfassen nur die kleine Spitze eines verdeckten Berges an Fällen von gravierenden Schädigungen bei Kindern und Jugendlichen durch die Corona-Politik. Aber selbst wenn sich die zitierte „Hauptlast“ der Kinder in solchen drastischen Zahlen niederschlägt, löst das keine Dynamik aus, um diese Last auch zu mindern. Das wäre möglich: Da Kinder und Jugendliche kaum von der Virusgefahr betroffen sind, müssen die Corona-Maßnahmen, die sie betreffen, als besonders unangemessen bezeichnet werden. Weitet man den gesellschaftlichen Blick und wägt Schaden und Nutzen ab, müsste man alle Corona-Maßnahmen, die Kinder betreffen, umgehend abschaffen.

Das passiert aber nicht. Stattdessen werden die in ihrer Wirkung unberechenbaren und gefährlichen Maßnahmen in einer dreisten Verdrehung als „Schutz“ bezeichnet. Und die Schikanen durch die Corona-Maßnahmen werden zusätzlich instrumentalisiert, um sie als „Argument“ für die mindestens fragwürdige Kinder-Corona-Impfung zu nutzen: „Verantwortungsvolle“ Eltern, so der offizielle Mythos, würden ihre Kinder impfen lassen, „um ihnen wieder ein normales Leben zu ermöglichen“. Die Normalität wird den Kindern und Jugendlichen aber nicht von einem Virus genommen, sondern von einer radikalen und langfristig riskanten Maßnahmen-Politik.

Angstkampagne wirkt - auch bei Eltern und Lehrern

Verstörend ist an der Situation nicht nur der Versuch der Verantwortlichen, die gefährliche Corona-Politik aufrechtzuerhalten. Verstörend ist zusätzlich, dass die Angstkampagnen aus Politik und Medien bei vielen Bürgern (auch Eltern) so erfolgreich sind, dass sogar das Leid der Kinder kein echtes Umdenken auslöst. Auch bei Lehrgewerkschaften gibt es noch immer teils sehr fragwürdige Unterstützung für die „Hygiene“-Politik gegen die Kinder und Jugendlichen.

Die Unterstützer der Corona-Politik nehmen eine Entwicklung billigend in Kauf, die in den vergangenen Monaten Kinder und Jugendliche Bildungsentzug, Sportverbot, Computersucht, häuslicher Gewalt, sozialer Erniedrigung und vielen anderen Gefahren ausgesetzt hat. Die Maßnahmen richten zudem in allen gesellschaftlichen Bereichen großen Schaden an, nicht nur bei Kindern und Jugendlichen. Mutmaßlich soll die Corona-Politik zudem Entwicklungen zur massenhaften Überwachung (digitaler Impfpass, digitale Identitäten etc.) begünstigen.

Immerhin gilt im Moment die offizielle Losung: Schulen sollen „wenn möglich“ offen gehalten werden. Aber selbst diese Selbstverständlichkeit gilt nur unter Vorbehalt, denn das Grundrecht auf Bildung wurde wie viele andere Grundrechte durch die Angstkampagne weitgehend entkernt. Außerdem werden die nicht evidenzbasierten AHA-Regeln an vielen Schulen streng fortgeführt. Die am wenigsten von der Virusgefahr betroffene Gruppe ist somit am besten „geschützt“ - das heißt: am meisten schikaniert.

Es gibt auch Kritiker

Es gibt auch immer wieder kritische Stimmen zum Umgang mit Kindern aus beruflichem Munde - die werden aber kaum gehört, denn es sind ja keine Virologen. Und in der bizarren Praxis des extremen, auf ein einziges Krankheitsbild fixierten Tunnelblicks hat offensichtlich nur eine kleine Auswahl aus wenigen Disziplinen das Recht auf Gehör. Anwälte für die

Interessen der Kinder und Jugendlichen gehören oft nicht zu diesem Kreis.

Um so erfreulicher ist es da, dass sich nun mit Detlev Krüger auch ein ehemaliger Chef-Virologe für Kinder einsetzt, wie [Medien berichten](#): Krüger war demnach 27 Jahre Chefvirologe an der Berliner Charité und Vorgänger von Christian Drosten. Nun schaltet er sich in die Debatte über Schulen und Kitas ein. Gemeinsam mit Experten für Kindermedizin rät er, die Quarantäneregeln an Schulen stark einzuschränken und die Massentestungen zu stoppen. Das wäre immerhin ein Anfang.

Wer Kinder drangsaliert, gilt als „vernünftig“

Bereits vor Corona gab es in Deutschland tiefe soziale Spaltungen und empörende Defizite im Bildungssystem. Auch „danach“ wird das bleiben. Aber die Corona-Politik hat den bereits bestehenden Missständen ausschließlich Zerstörungen hinzugefügt. Darum wäre die Herstellung des Vor-Corona-Zustandes ein erster wichtiger Schritt. In diesem Schritt sollte sich das Bemühen für eine sozialere Gesellschaft dann selbstverständlich nicht erschöpfen.

Die NachDenkSeiten haben sich in zahlreichen Artikeln mit der Situation der Kinder und Jugendlichen unter der Corona-Politik beschäftigt. Eine Auswahl finden Sie unter dem Artikel.

Die Situation der Kinder und Jugendlichen gehört zu den bedrückendsten Aspekten der unter keinem Blickwinkel angemessenen Corona-Politik und sie muss sofort geändert werden: Mindestens die Corona-Maßnahmen, die Kinder betreffen, müssen – wie bereits gesagt – sofort abgeschafft werden. Die Chancen dafür stehen aber nicht gut: Wer im Zusammenhang mit Corona auf Kinderrechte pocht, gilt fast schon als Extremist – während sich die Verteidiger dieses fortgesetzten Skandals als „vernünftig“ bezeichnen.

Mehr zum Thema:

- [Corona: Nehmt die Kinder vor den „Beschützern“ in Schutz](#)
- [Politik auf Kosten der Kinder](#)
- [Impf-Druck: Jetzt auch auf die Kinder](#)
- [Kinder-Impfung: StiKo gibt klein bei](#)

- [STIKO: Die \(Nicht?-\)Empfehlung](#)
- [Kinder-Impfung: Drangsalierung wird weiter als „Schutz“ dargestellt](#)
- [Offener Brief an die Berliner Gesundheitssenatorin zur unzureichenden wissenschaftlichen Datenlage für Impfungen und rigide Corona-Maßnahmen für Kinder](#)
- [Impfung für Schüler: Die „übergriffige“ Senatorin](#)
- [Spahn mit Lernschwächen. Gesundheitsminister plädiert für Schulen in anhaltendem Notstandsmodus.](#)
- [Was Kinder, Jugendliche und ihre Familien jetzt und im Herbst brauchen – und was nicht](#)
- [Kinder, Corona und der digitale Distanzunterricht – Keine Auswege aus der Bildungskatastrophe?](#)
- [Covid-Impfungen, Schulschließungen und Maskenzwang: Wie gefährdet sind unsere Kinder?](#)
- [Forum Schule – wie weiter? Erste Zwischenbilanz](#)

Titelbild: Nenad Cavoski / shutterstock.com

Teilen mit:

- [E-Mail](#)